

Bezirksamtsvorlage Nr. 1280
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 04.08.2026

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 2442/VI, Beschluss vom 26.02.2026 betrifft:
„Sicherstellung der Krankenhausversorgung in Gesundbrunnen und Erhalt des Jüdischen Krankenhauses Berlin“

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Keller

3. Beschlussentwurf:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Sicherstellung der Krankenhausversorgung in Gesundbrunnen und Erhalt des Jüdischen Krankenhauses Berlin“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Jugend und Gesundheit beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat: nein
 - b) Frauenvertretung: nein
 - c) Schwerbehindertenvertretung: nein
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

nein

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:
nein
7. Integrationsrelevante Auswirkungen:
nein
8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:
nein
9. Beteiligungsrelevante Auswirkungen:
nein
10. Auswirkungen auf den Klimaschutz
nein
11. Mitzeichnung(en):

Bezirksstadtrat Keller

Vorlage - zur Kenntnisnahme -

über „Sicherstellung der Krankenhausversorgung in Gesundbrunnen und Erhalt des Jüdischen Krankenhauses Berlin“

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 26.02.2026 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2442/VI)

Das Bezirksamt wird ersucht:

das Verfahren der vorläufigen Insolvenz des Jüdischen Krankenhauses Berlin in Gesundbrunnen aktiv zu begleiten und dabei die Interessen der Patient:innenschaft und der rund 900 Beschäftigten in den Fokus zu stellen. Des Weiteren wird das Bezirksamt gebeten, unverzüglich das Gespräch mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege sowie der Senatsverwaltung für Finanzen zu suchen. Ziel dieser Gespräche soll sein, alle politischen und finanziellen Hebel in Bewegung zu setzen, die den Erhalt des gemeinnützigen Krankenhauses und seines deutschlandweit einzigartigen Profils dauerhaft sicherstellen und die chronische Unterfinanzierung zu beheben. Darüber hinaus wird das Bezirksamt ersucht, sich dafür einzusetzen, dass der Betriebsrat der Beschäftigten des jüdischen Krankenhauses in die Prozesse eingebunden werden und alle nötigen Informationen bekommen, um arbeitsfähig zu bleiben. Zudem soll beim Senat für ein zeitnahes Konzept geworben werden, das die lückenlose stationäre und notfallmedizinische Versorgung für die Bevölkerung in Gesundbrunnen und den angrenzenden Ortsteilen gewährleistet. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der bereits angekündigten Schließung des DRK Krankenhauses in der Drontheimer Straße unerlässlich. Das Bezirksamt wird gebeten, der Bezirksverordnetenversammlung regelmäßig über den Stand der Verhandlungen und die erarbeiteten Lösungsansätze zu berichten und sie in die weiteren Schritte zur Sicherung der Gesundheitsversorgung einzubinden.

Das Bezirksamt hat am 04.08.2026 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Der historisch gewachsene Krankenhausstandort trägt seit Jahrzehnten zu einer stabilen und fachlich hoch anerkannten Versorgung im Bezirk Mitte bei. Im Rahmen der Pflichtversorgung mit stationären und stationsäquivalenten Behandlungsplätzen leistet die Psychiatrie sowohl im regionalen Rahmen als auch überregional einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Patient*innen. Deshalb bleibt es das erklärte Ziel des Bezirks, dass der Standort möglichst vollumfänglich erhalten bleibt.

Vorbemerkung:

Bezirksämter sind an Fragen der Planung bzw. Umsetzung der Krankenhausversorgung gesetzlich nicht beteiligt. Die Planung, Steuerung und Aufsicht hierzu übernimmt die Senatsebene. Das Bezirksamt hat zum selben Zeitpunkt, wie die Öffentlichkeit von der „vorläufigen Insolvenz in Eigenverwaltung“ des Jüdischen Krankenhauses erfahren. Da die Information über die Insolvenz sehr kurzfristig kam, konnte das Thema nicht mehr ordnungsgemäß für die Sitzung der Gesundheitsstadträt*innen am 12. Dezember 2025 angemeldet werden. Dennoch wurde in der Sitzung die Situation um das Jüdische Krankenhaus Berlin durch den zuständigen Bezirksstadtrat thematisiert und mit der Staatssekretärin verabredet, die Fragen der BVV mit der Bitte um Beantwortung weiterzuleiten.

Die Senatsgesundheitsverwaltung antwortet hier: Ein gleichzeitiger Verlust beider Krankenhausstandorte (DRK KH und Jüdisches KH) ist derzeit nicht zu erwarten. Das Jüdische Krankenhaus Berlin verfolgt ausdrücklich das Ziel, den Krankenhausbetrieb im Rahmen des laufenden Restrukturierungs- und Insolvenzverfahrens fortzuführen. Unabhängig davon werden mögliche Auswirkungen struktureller Veränderungen im Rahmen der Krankenhausplanung fortlaufend bewertet und bei Bedarf in enger Abstimmung mit Rettungsdiensten, Bezirken und umliegenden Krankenhäusern gesteuert. Konkrete Notfallpläne für einen gleichzeitigen Wegfall beider Standorte sind derzeit nicht erforderlich. Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege unterstützt ausdrücklich die Zielsetzung, das Jüdische Krankenhaus Berlin im Rahmen des laufenden Restrukturierungsverfahrens fortzuführen. Bestandteil der Restrukturierungsmaßnahmen ist auch die Sicherung der Beschäftigten und der Erhalt fachlicher Kompetenzen. Die SenWGP steht auch hierzu in kontinuierlichem Austausch mit dem Krankenhausträger. Ziel des laufenden Verfahrens ist es, tragfähige Perspektiven für eine wirtschaftlich stabile Weiterentwicklung des Krankenhauses zu schaffen und im Rahmen der Weiterführung vorhandene medizinische Expertise langfristig für die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in Berlin zu erhalten.

Am 09. Juli 2026 erfuhr das Bezirksamt Mitte aus der Presse von der Übernahme des jüdischen Krankenhauses durch die Medicana Health Group:

„Das Jüdische Krankenhaus im Berliner Ortsteil Gesundbrunnen hat einen neuen Träger. Das türkische Krankenhausunternehmen Medicana übernimmt das Haus, das letztes Jahr Insolvenz angemeldet hatte. Der Klinikbetrieb solle uneingeschränkt fortgeführt und alle Arbeitsplätze erhalten werden, teilten das Jüdische Krankenhaus und der neue Träger mit. Es werde auch die jüdische Tradition des Hauses bewahrt. Die Medicana-Gruppe betreibt nach eigenen Angaben 19 Klinken in der Türkei und weiteren europäischen Ländern. Das Jüdische Krankenhaus im Bezirk Mitte wird ihr erster Standort in Deutschland.“ ([rbb24.de](https://www.rbb24.de)) Das Bezirksamt wurde, wie oben erläutert, nicht in die Verhandlungen einbezogen und hatte auch von der Insolvenz lediglich aus der Presse erfahren. Trotz wiederholter Anfragen bei der zuständigen Senatsverwaltung blieben diese in der Folge unbeantwortet. Das Bezirksamt plant ein Gespräch mit dem neuen Betreiber, um Fragen zur Versorgungssicherheit zu klären und Absprachen zur Zusammenarbeit im Sinne aller Bürger*innen und Mitarbeitenden zu ermöglichen.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13(1) BezVG i.V.m. § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Bei der BA-Vorlage handelt es sich um eine Vorlage rein berichtenden Charakters.

Berlin, den 28.07.2026

Bezirksstadtrat Keller

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Vorlage - zur Kenntnisnahme -

über „Sicherstellung der Krankenhausversorgung in Gesundbrunnen und Erhalt des Jüdischen Krankenhauses Berlin“

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 26.02.2026 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2442/VI)

Das Bezirksamt wird ersucht:

das Verfahren der vorläufigen Insolvenz des Jüdischen Krankenhauses Berlin in Gesundbrunnen aktiv zu begleiten und dabei die Interessen der Patient:innenschaft und der rund 900 Beschäftigten in den Fokus zu stellen. Des Weiteren wird das Bezirksamt gebeten, unverzüglich das Gespräch mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege sowie der Senatsverwaltung für Finanzen zu suchen. Ziel dieser Gespräche soll sein, alle politischen und finanziellen Hebel in Bewegung zu setzen, die den Erhalt des gemeinnützigen Krankenhauses und seines deutschlandweit einzigartigen Profils dauerhaft sicherstellen und die chronische Unterfinanzierung zu beheben. Darüber hinaus wird das Bezirksamt ersucht, sich dafür einzusetzen, dass der Betriebsrat der Beschäftigten des jüdischen Krankenhauses in die Prozesse eingebunden werden und alle nötigen Informationen bekommen, um arbeitsfähig zu bleiben. Zudem soll beim Senat für ein zeitnahe Konzept geworben werden, das die lückenlose stationäre und notfallmedizinische Versorgung für die Bevölkerung in Gesundbrunnen und den angrenzenden Ortsteilen gewährleistet. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der bereits angekündigten Schließung des DRK Krankenhauses in der Drontheimer Straße unerlässlich. Das Bezirksamt wird gebeten, der Bezirksverordnetenversammlung regelmäßig über den Stand der Verhandlungen und die erarbeiteten Lösungsansätze zu berichten und sie in die weiteren Schritte zur Sicherung der Gesundheitsversorgung einzubinden.

Das Bezirksamt hat am 04.08.2026 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Der historisch gewachsene Krankenhausstandort trägt seit Jahrzehnten zu einer stabilen und fachlich hoch anerkannten Versorgung im Bezirk Mitte bei. Im Rahmen der Pflichtversorgung mit stationären und stationsäquivalenten Behandlungsplätzen leistet die Psychiatrie sowohl im regionalen Rahmen als auch überregional einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Patient*innen. Deshalb bleibt es das erklärte Ziel des Bezirks, dass der Standort möglichst vollumfänglich erhalten bleibt.

Bezirksämter sind an Fragen der Planung bzw. Umsetzung der Krankenhausversorgung gesetzlich nicht beteiligt. Die Planung, Steuerung und Aufsicht hierzu übernimmt die Senats-ebene. Das Bezirksamt hat zum selben Zeitpunkt, wie die Öffentlichkeit von der „vorläufigen Insolvenz in Eigenverwaltung“ des Jüdischen Krankenhauses erfahren.

Da die Information über die Insolvenz sehr kurzfristig kam, konnte das Thema nicht mehr ordnungsgemäß für die Sitzung der Gesundheitsstadträt*innen am 12. Dezember 2025 angemeldet werden. Dennoch wurde in der Sitzung die Situation um das Jüdische Krankenhaus Berlin durch den zuständigen Bezirksamtsrat thematisiert und mit der Staatssekretärin verabredet, die Fragen der BVV mit der Bitte um Beantwortung weiterzuleiten.

Die Senatsgesundheitsverwaltung antwortet hier: Ein gleichzeitiger Verlust beider Krankenhausstandorte (DRK KH und Jüdisches KH) ist derzeit nicht zu erwarten. Das Jüdische Krankenhaus Berlin verfolgt ausdrücklich das Ziel, den Krankenhausbetrieb im Rahmen des laufenden Restrukturierungs- und Insolvenzverfahrens fortzuführen. Unabhängig davon werden mögliche Auswirkungen struktureller Veränderungen im Rahmen der Krankenhausplanung fortlaufend bewertet und bei Bedarf in enger Abstimmung mit Rettungsdiensten, Bezirken und umliegenden Krankenhäusern gesteuert. Konkrete Notfallpläne für einen gleichzeitigen Wegfall beider Standorte sind derzeit nicht erforderlich. Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege unterstützt ausdrücklich die Zielsetzung, das Jüdische Krankenhaus Berlin im Rahmen des laufenden Restrukturierungsverfahrens fortzuführen. Bestandteil der Restrukturierungsmaßnahmen ist auch die Sicherung der Beschäftigten und der Erhalt fachlicher Kompetenzen. Die SenWGP steht auch hierzu in kontinuierlichem Austausch mit dem Krankenhausträger. Ziel des laufenden Verfahrens ist es, tragfähige Perspektiven für eine wirtschaftlich stabile Weiterentwicklung des Krankenhauses zu schaffen und im Rahmen der Weiterführung vorhandene medizinische Expertise langfristig für die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in Berlin zu erhalten.

Am 09. Juli 2026 erfuhr das Bezirksamt Mitte aus der Presse von der Übernahme des jüdischen Krankenhauses durch die Medica Health Group:

„Das Jüdische Krankenhaus im Berliner Ortsteil Gesundbrunnen hat einen neuen Träger. Das türkische Krankenhausunternehmen Medica übernimmt das Haus, das letztes Jahr Insolvenz angemeldet hatte. Der Klinikbetrieb solle uneingeschränkt fortgeführt und alle Arbeitsplätze erhalten werden, teilten das Jüdische Krankenhaus und der neue Träger mit. Es werde auch die jüdische Tradition des Hauses bewahrt. Die Medica-Gruppe betreibt nach eigenen Angaben 19 Kliniken in der Türkei und weiteren europäischen Ländern. Das Jüdische Krankenhaus im Bezirk Mitte wird ihr erster Standort in Deutschland.“ ([rbb24.de](https://www.rbb24.de))

Das Bezirksamt wurde, wie oben erläutert, nicht in die Verhandlungen einbezogen und hatte auch von der Insolvenz lediglich aus der Presse erfahren. Trotz wiederholter Anfragen bei der zuständigen Senatsverwaltung blieben diese in der Folge unbeantwortet. Das Bezirksamt plant ein Gespräch mit dem neuen Betreiber, um Fragen zur Versorgungssicherheit zu klären und Absprachen zur Zusammenarbeit im Sinne aller Bürger*innen und Mitarbeitenden zu ermöglichen.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13(1) BezVG i.V.m. § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Bei der BA-Vorlage handelt es sich um eine Vorlage rein berichtenden Charakters.

Berlin, den 04.08.2026

Bezirksstadtrat Keller

Bezirksbürgermeisterin Remlinger